

Verbrannte Erde und Überflutungen: Staudammprojekte am Salween in Burma

Aktivitäten der Asiatischen Entwicklungsbank in der Mekong-Region

1992 initiierte die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) das "Greater Mekong Subregion Economic Cooperation Programme" (GMS) und fasste Vietnam, Laos, Thailand, Kambodscha, Burma und die chinesische Provinz Yunnan in der "Greater Mekong Subregion" zusammen. In der Region leben mehr als 245 Millionen Menschen auf einer Fläche von 2,3 Millionen km².

Der enorme Ressourcenreichtum - Fisch, Holz, Kupfer, Zinn, Öl und nicht zuletzt Wasser - hat die Phantasie von Regierungen, Entwicklungsexperten und ADB beflügelt, die Ökonomie der Region von der Subsistenz- zur Marktwirtschaft zu transformieren und eine neue Zone wirtschaftlichen Wachstums in Asien zu schaffen. Geschehen soll dies vor allem durch vermehrte wirtschaftliche Kooperation der sechs partizipierenden Staaten, Liberalisierung und Erleichterung von Freihandel und Investitionen und die Entwicklung und den Aufbau einer physischen Infrastruktur, besonders in den Sektoren Energie, Verkehr, Tourismus, Telekommunikation und Produktentwicklung.

Die ADB betätigt sich dabei vorerst als eine Art Spürhund für die besten Investitionsmöglichkeiten, bringt Regierungen, Geldgeber und private Investoren an einen Tisch und gibt Machbarkeitsstudien in Auftrag. Dann müssen Gelder für die Projektphasen beschafft und Vereinbarungen zwischen Regierungen, Investoren und Ausführenden getroffen werden. Zuletzt erfolgt die Ausführung der von der ADB vorfinanzierten, beaufsichtigten und begleiteten Projekte.

Seit 1992 hat die ADB über 100 Projekte in der Mekongregion finanziert und etliche Kredite vergeben, darunter zahlreiche im Energiesektor.

Burma in der ADB

Nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung 1988 wurde der Großteil der bilateralen wie multilateralen Hilfe aus dem Ausland eingestellt. Die USA und die EU verhängten wirtschaftliche Sanktionen und Burma ist seit 1988 nicht in Kreditprogramme der multilateralen Entwicklungsbanken einbezogen. Asiatische

Staaten wie Thailand, China, Indien und Japan entzogen Burma ihre Unterstützung und Zusammenarbeit nicht. Erst im Juni 2003, nach der Verhaftung Aung San Suu Kyis, stellte der wichtigste Geldgeber, Japan, die Vergabe neuer Wirtschaftsbeihilfen an Burma ein.

Seit 1973 ist Burma Mitglied bzw. Anteilseigner der ADB und hält 0,553 % der Anteile (zum Vergleich: Japan hält 15,84% , Deutschland 4,39% und Thailand 1,38% der Anteile). Bis heute hat Burma von der ADB 32 Kredite über insgesamt 530,9 Millionen US-Dollar für 28 Projekte erhalten, den letzten 1986. Den Abzahlungen für die Kredite ist das Regime seit 1998 nicht mehr nachgekommen, so dass die überfälligen Zahlungen sich im Juni 1999 auf 28,7 Millionen US-Dollar beliefen.

Die ADB sendet zwar periodisch Berater nach Burma und veröffentlicht Ergebnisse und Vorschläge für wirtschaftliche Reformen in ihrem Jahresbericht, doch findet gegenwärtig kein Dialog zwischen dem Militärregime und der ADB über wirtschaftliche Reformen statt. Nichtsdestotrotz ist Burma Mitglied im "Greater Mekong Subregion" - Programm (GMS) der ADB, welches zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten initiiert wurde. Vertreter Burmas nehmen an Treffen zum GMS teil, etwa an Arbeitsgruppen zur Drogenbekämpfung. 2001 war Burma Gastgeber der zehnten GMS - Ministerialkonferenz in Rangoon.

Das Engagement der ADB in Burma findet gegenwärtig auf drei Ebenen statt: Zum einen über die beginnende Untersuchung einzelner Sektoren wie Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit, worauf meist die Erarbeitung länderspezifischer Pläne (wie er für Burma in der ADB bisher noch nicht existiert) folgt. Weiterhin ist der Bau eines Industriehafens in Mawlamyine (Moulmein) an der Andaman- See Teil des "East-West Economic Corridor", des Flugschiffes im GMS. Dieser soll die Transportkosten auf der Landroute zwischen der Südchinesischen See und der Andaman See minimieren und Mawlamyine als westlichsten Punkt mit Da Nang in Vietnam als östlichsten Punkt verbinden. Und schließlich ist Burma Teil des "GMS-Energieversorgungsnetzes", um deren Projekte es im Folgenden gehen soll.

Staudammprojekte am Salween

Der Salween ist mit einer Länge von 2400 km nach dem Mekong der zweitlängste Fluss der Region. Er entspringt in Tibet und durchfließt auf seinem Weg zur

Andaman-See die chinesische Provinz Yunnan, das thailändisch-burmesische Grenzgebiet und verschiedene Bundesstaaten Burmas.

Anfang der neunziger Jahre machte Japans "Electric Power Development Co Ltd. in einer Vorstudie fünf potentielle Standorte für Dämme in Burma aus. Hiervon sind drei für den bisher noch "unentwickelten" und ungestauten Salween geplant: Die Dämme am oberen und unteren Salween, nahe der thailändischen Provinz Mae Hong Son, sollen eine Leistung von 4500 bzw. 800 MW erbringen und geschätzte 6,15 Milliarden US-Dollar kosten. Sie fallen unter die Planung der "Electricity Generating Authority of Thailand" (EGAT). Die Arbeit am mit 188 m höchsten Damm Südostasiens, einem 3600 Megawatt-Damm nahe Tasang im burmesischen Shan-Staat, hat derweil die MDX Plc, ein (ebenfalls thailändisches) Bauunternehmen, aufgenommen. Der Damm wird sich 350 m über dem Meeresspiegel befinden, das Reservoir wird sich über eine Strecke von 230 km hinter der Staumauer ausdehnen und mindestens 640 km² Land und Wälder überfluten.

Die ersten Machbarkeitsstudien wurden 1991 von japanischen Consultingfirmen durchgeführt, Interesse am erzeugten Strom hat die "Greater Mekong Subregion Power Co. Ltd." aus Thailand bekundet.

Umsiedlungen, Militarisierung und Zwangsarbeit: Die sozialen Folgen des Dammbaus

Mit einer Bevölkerung von etwa 8 Millionen ist der Shan- Staat der größte der sieben Bundesstaaten Burmas. Die Hälfte der Bevölkerung sind Shan, andere Bevölkerungsgruppen sind Burmesen, Karen, Akha, Lahu oder Palaung.

Wegen Konflikten über in der Verfassung zugesicherte Rechte der ethnischen Minderheiten nach der Unabhängigkeit Burmas, auch über das Recht auf Sezession, gründete sich bereits 1958 die erste bewaffnete Shan - Rebellenruppe. Mit der Machtergreifung der Militärs 1962 wurden für die nächsten Jahrzehnte alle Aussichten auf eine friedliche Lösung zunichte gemacht. 1964 gründete sich die Shan State Army (SSA), die neben anderen bewaffneten ethnischen Gruppen bis heute die Junta und die Regierungstruppen bekämpft. Dies zieht verschiedene Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen nach sich, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat: Erschießungen, Folter, Vergewaltigungen,

Zwangsarbeit, Vertreibungen und Landenteignungen gehören im Shan- Staat wie auch anderswo in Burma zum Alltag.

Umsiedlungen in großem Ausmaß begannen 1996. 1400 Dörfer im Shan- Staat wurden seither geräumt. 300.000 Menschen mussten ihre Häuser verlassen, von denen über 130.000 in Flüchtlingslagern an der thailändisch-burmesischen Grenze leben. Mit Baubeginn des Tasang Dammes werden weitere Tausende Shan und Angehörige anderer Minderheiten von ihrem Land vertrieben.

Die Betroffenen erhalten die Aufforderung, Haus und Dorf zu verlassen und sich in eines der Umsiedlungslager zu begeben. Leisten sie dem nicht Folge, werden sie meist auf der Stelle erschossen. Diejenigen, die ihre Häuser verlassen, erhalten in der Regel keine angemessene bzw. gar keine Entschädigung und sind für die Sicherung ihres Überlebens völlig auf sich allein gestellt. Die Zustände in den Umsiedlungslagern sind bezüglich Unterbringung, sanitären Bedingungen und Trinkwasserversorgung als "lebensbedrohlich" geschildert worden,¹wer außerhalb der Lager angetroffen wird, wird erschossen.

Daneben nimmt die Militarisierung der Region zu. In den Gebieten nahe des Damm - Bauplatzes hat sich allein im letzten Jahr die Stationierung von Truppen um sechs auf 17 Bataillone erhöht, die während und nach Fertigstellung des Dammes, des Kraftwerks und der Hochspannungsleitungen diese vor Sabotageakten durch bewaffnete Rebellen sichern sollen. Das geht einher mit dem Bau neuer Straßen für den Transport von Truppen und Ausrüstung und dem verstärkten Abholzen der Wälder, die Flüchtlingen und Rebellen als Versteck dienen könnten.

Eine weitere Folge der Militarisierung ist die Zunahme von Übergriffen gegen die Bevölkerung. Im Juni 2002 veröffentlichten das "Shan Women's Action Network" und die "Shan Human Rights Foundation" den Report "Lizenz zur Vergewaltigung", in dem 173 Fälle von sexueller Gewalt gegen 625 Frauen und Mädchen durch burmesische Truppen im Shan- Staat dokumentiert sind. Über die Hälfte der Übergriffe ereigneten sich in unmittelbarer Nähe des Bauplatzes und des Überflutungsgebietes.

Obwohl das Regime im Jahre 2000 erklärt hat, keine Zwangsarbeiter für den Bau des Dammes und der damit verbundenen Projekte zu verpflichten, ist davon auszugehen, dass wieder Hunderte oder gar Tausende Menschen - Männer und Frauen, Kinder und Alte - zur Arbeit gezwungen werden.

Verlust von Einkommen und Eigentum, emotionale und psychische Schäden, Krankheiten und körperliche Verletzungen durch Schläge, Folter und Vergewaltigungen oder gar der Tod sind die Folgen für die Betroffenen.

In der Vergangenheit war Zwangsarbeit bei Bauprojekten im Bereich der Infrastruktur, von Pipelines und Staudämmen Gang und gäbe, weshalb die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2000 erstmalig "Artikel 33" einsetzte: Alle Mitglieder, nationale Regierungen, Handelsbündnisse und Gewerkschaften eines jeden Landes wurden aufgefordert, ihre Beziehungen zu Burma zu überprüfen und sich zumindest zu versichern, dass ihre Aktivitäten nicht zu Zwangsarbeit beitragen oder gar verschärfen.

Eine nach wie vor in Burma weit verbreitete Form von Zwangsarbeit sind Trägerdienste für das Militär. Die Dorfbewohner müssen Wasser, Nahrungsmittel und Munition für die Truppen schleppen. Ein Karenni-Mann, der als Träger für das Militär verpflichtet wurde, berichtete 2002:

"Wenn ein Träger seine Last nicht tragen konnte, zwangen ihn die Soldaten zum Weitergehen. Wenn jemand absolut nicht mehr weiterkonnte, ließen die Soldaten ihn zurück. Einige Träger wurden auch erstochen und liegen gelassen."²

Die Situation dürfte sich seither noch verschlechtert haben. So wurde etwa berichtet, dass im Mai 2002 die Einwohner zweier Dörfer in unmittelbarer Nähe des Damms von Regierungstruppen zu Reparaturarbeiten im Armeestützpunkt und auf der Baustelle gezwungen wurden.

Überflutung, Erosion, Verlust von Wald und biologischer Vielfalt: Die ökologischen Folgen des Dammbaus

Von den schwerwiegenden ökologischen Folgen einer Stauung des Salween werden vor allem die Flussabwärts gelegenen Ökosysteme und Gemeinden betroffen sein, aber auch für die Wälder, Flüsse und die Bevölkerung Thailands wird der Dammbau Folgen haben.

Die durch Stauung verlangsamte Fließgeschwindigkeit des Flusses wirkt sich nicht nur auf die Habitate, den Nährstoffhaushalt, die Wasserqualität und damit den

¹ Vgl.: United States Department of Labor (2000). 2000 Update on Forced Labor and Forced Relocations. US Department of Labor. (<http://www.dol.gov/dol/ilab/public/media/reports/ofr/burma/forced.htm>)

² zitiert nach: <http://www.earthrights.org/pubs/forcedlaborenglishword.doc>

Fischbestand aus, sondern birgt, durch die Zunahme stehender Gewässer, auch ein erhöhtes Risiko für die Zunahme von Krankheiten wie Malaria oder Billharziose.

Flora und Fauna der Region, die regionale Ökonomie und Nahrungserzeugung der am und vom Fluss lebenden Menschen werden vom Damm beeinträchtigt: Saisonale Überflutungen sind essentiell für die Düngung der Uferflächen und Felder, eine Änderung des Wasserstroms hat Störungen in diesem Zyklus zur Folge.

Die Abholzung riesiger Waldflächen, die das Flutwasser zuvor während der Regenzeit absorbiert und während der Trockenzeit wieder abgegeben haben, führt nun erst zur ungehinderten Überflutung und anschließend zur Erosion der nährstoffreichen, aber dünnen Ackerkrume. Fruchtbares Ackerland an den Flussufern wird weggespült und der Fluss verschlammt, was wiederum die Kapazität des Wasserreservoirs mindert. Durch die drastische Reduzierung der Habitate durch Abholzen der Wälder nimmt die Biodiversität ab, Tiere ertrinken in den überfluteten Flächen oder wandern ab. Fische können ihre Laichplätze nicht mehr erreichen, wenn ihre Wanderung stromaufwärts durch den Damm behindert wird. Das wirkt sich letztlich nicht nur auf den Fortbestand der Arten aus, sondern auch auf die Existenzsicherung der Anrainer.

Diese Liste der sozialen und der ökologischen Folgen ließe sich beliebig fortsetzen. Deutlich geworden ist, dass kurzsichtige Machbarkeitsstudien, Interessen von Elektrizitätskonzernen, Banken und nationalen Regierungen Entscheidendes nicht einbeziehen: Die Interessen, die Partizipation und die Berücksichtigung betroffener lokaler und regionaler Gemeinden, die für eine ausgewogene Planung und eventuelle Nichtdurchführung derartiger Projekte vonnöten wäre.

Quellen:

- <http://www.adb.org/GMS/>
- <http://www.asiasource.org/asip/salween.cfm>
- http://www.bicusa.org/asia/Burma_project/burma_dam.htm
- <http://www.earthrights.org/tasang/index.shtml>
- <http://www.mekongwatch.org/english/documents/burmareport-screen.pdf>
- <http://www.salweenwatch.org/>

Daniel Apolinarski studiert Ethnologie, Soziologie und Geschichte an der Universität Freiburg. Seine Schwerpunkte sind Südostasien und Tourismus.